



Alternative und Grüne GewerkschafterInnen / UG Salzburg
C/O Robert Müllner, , Tel: 0676 / 911 10 09
Samstrasse 30 A-5023 Salzburg
Mail: robert.muellner@auge-ug.at
www.auge-ug.at

An die 8. Vollversammlung am 21.05.2012
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Salzburg

**„Gegen absurden Fiskalpakt und weitere soziale Spaltung!“
Deshalb keine Zustimmung zum Fiskalpakt und zur Änderung
Artikel 136 AEUV
An statt dessen "In die Zukunft investieren!"**

Die durch die Krise in einem unglaublichen Tempo durchgesetzten Änderungen der Zusammenarbeit auf EU-Ebene, insbesondere die Economic Governance, der ESM und der Fiskalpakt stellen nicht nur die endgültige Umsetzung einer neoliberalen Wirtschaftspolitik, sondern auch ein demokratiepolitisch nicht tragbares Regelwerk dar. Aus Sicht der ArbeitnehmerInnen müssen sowohl die neuen Rechtsvorschriften der Economic Governance (six pack) als auch der Fiskalpakt vehement abgelehnt werden.

Die einseitige Ausrichtung an Wettbewerbsfähigkeit und der Angriff auf bewährte Systeme der Lohnfindung sind nicht tragbar. Die Indikatoren zur Bewertung der Budgets innerhalb der gemeinsamen Wirtschaftspolitik sind an einem Wettbewerbsmodell a la Deutschland orientiert. Es geht vor allem um eine Senkung der Lohnstückkosten und damit um Lohnsenkung in jenen Staaten die ein Leistungsbilanzdefizit haben. Da schreckt die Kommission auch nicht davor zurück, den Mitgliedsstaaten verbindlich zu empfehlen, in die Autonomie der Sozialpartner im Rahmen der Lohnfindung einzugreifen.

Der Fiskalpakt schreibt nicht nur eine radikale Sparpolitik unter strenger Aufsicht der Kommission vor, er zementiert die ausgabenseitige Budgetkonsolidierung auf Jahre. Dabei ist bis dato nicht klar, ob dieser Pakt rechtlich überhaupt haltbar ist, was namhafte Juristen und ExpertInnen für europäisches Recht massiv in Zweifel ziehen.

Sowohl das six pack als auch der Fiskalpakt greifen direkt in die Budgethoheit der Mitglieds- bzw. Unterzeichnerstaaten ein. Diese weitreichenden Regelungen sind ohne eine gründliche Auseinandersetzung und Debatte, entweder im beschleunigten Verfahren oder ohne Einbeziehung des EU-Parlaments erstellt worden. Nationale Parlamente werden innerhalb der European Governance bzw. des six packs und dessen Indikatoren nicht einbezogen.

Noch immer keine Finanztransaktionssteuer:

In den vier Jahren seit Ausbruch der „Finanzkrise“ ist es noch immer nicht gelungen, die Finanzmarktprofiteure, die das ganze Dilemma auf den von den Regierungen

deregulierten Märkten angerichtet haben, an den relevanten Kosten zu beteiligen, geschweige sie zur Verantwortung zu ziehen. Die unverantwortlichen Spekulationen mit Rohstoffen, Nahrungsmitteln und Krisen erzeugenden Finanzmarktprodukten laufen ungehindert weiter.

Selbst Rating-Agenturen stellen in ihren Analysen klar:

Fiskalpakt und die europaweiter Schuldenbremse sind unwirksam!

Gegen alle Rechtsstaatlichkeit wird mit einem „Fiskalpakt“ den EU-Ländern ein völkerrechtlicher Vertrag aufgezwungen, den die meisten Staaten sogar bereitwillig als „Schuldenbremse“ in ihren nationalen Rechtsordnungen verankern. Sogar Ratingagenturen halten diese Vorgangsweise für unwirksam. Stattdessen müsse die Inlandsnachfrage durch öffentliche Investitionen angekurbelt werden.

Folgerichtig kann nur eine tiefgreifende Umverteilung die Mittel frei machen für Investitionen gegen eine Rezession. Das Beispiel Griechenland zeigt, dass Sparpakete die Staatsschuldenkrise und soziale Katastrophe nur verschlimmern.

Die AUGÉ/UG stellt daher den

A N T R A G

Die 8. Vollversammlung der AK- Salzburg fordert die Bundesregierung und das österreichischen Parlament auf, seine Zustimmung zur Änderung des Artikel 136 AEUV als Voraussetzung des erweiterten Rettungsschirms (ESM) zu überdenken.

Die 8. Vollversammlung der AK- Salzburg stellt fest, dass eine einseitige ausgabenseitige Budgetkonsolidierung auf Kosten der ArbeitnehmerInnen, der BezieherInnen von Sozialleistungen und Pensionen strikt abgelehnt wird.

Weiters fordert die 8. Vollversammlung der AK- Salzburg das österreichischen Parlament auf, dem Fiskalpakt nicht zuzustimmen und ihn damit nicht zu ratifizieren.

Die 8. Vollversammlung der AK- Salzburg fordert die Bundesarbeitskammer auf, alle rechtlich denkbaren Schritte zur Überprüfung der verfassungsrechtlichen Konformität in die Wege zu leiten.

Die 8. Vollversammlung der AK- Salzburg behält sich grundsätzlich alle Formen des Protests gegen die Umsetzung der Economic Governance und des Fiskalpakts in der jetzigen Form vor.

Dabei wird betont, dass es nicht darum geht, einen erweiterten Rettungsschirm für Euro-Staaten zu verunmöglichen, sondern darauf hinzuweisen das die Parameter und damit verbundenen Rechtsvorschriften einseitig sind und neu erarbeitet werden müssen.

Für die AUGÉ/UG

Müllner Robert